

Fortführung des „Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt“ in der 8. Legislaturperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt

1. Der Beirat des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit dankt allen Engagierten für ihr Eintreten für die demokratische Kultur in Sachsen-Anhalt.
2. Das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit hat in der zurückliegenden Legislaturperiode einen wichtigen Beitrag geleistet, die demokratische Kultur im Land Sachsen-Anhalt zu stärken. Gemeinsam haben Landesregierung, Kommunen und Zivilgesellschaft das Programm mit Leben gefüllt. Vielfältige und innovative Projekte konnten entwickelt und umgesetzt werden. Die Wirkung dieser Projekte wurde positiv evaluiert und in einem Bericht zur Umsetzung des Landesprogramms ausführlich dargestellt. Durch konkrete Projektarbeit, Dialogveranstaltungen, Fachkonferenzen und digitale Austauschformate konnten Impulse für eine demokratische Gesellschaft an vielfältige Zielgruppen adressiert werden. Unter dem Dach des Landesprogramms ist es in der 7. Legislaturperiode gelungen, die im Land umgesetzten Bundes- und Landesprogramme weiterzuentwickeln und zu einer abgestimmten Strategie zusammenzuführen. Die gemeinsame Arbeit für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit im Dialog mit den vielen Engagierten im Land hat dazu beigetragen, demokratische Allianzen zu schmieden, neue Zielgruppen anzusprechen, den Engagierten im Land den Rücken zu stärken und demokratiefeindlichen Akteuren und deren Angriffen auf eine plurale Gesellschaft sichtbar entgegen zu treten. Dies bleibt eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe, die angesichts der Herausforderungen kontinuierlich gestärkt werden muss.
Der Beirat spricht sich daher ausdrücklich dafür aus, das Landesprogramm in der 8. Legislaturperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt fortzuschreiben und auszubauen.
3. Der Beirat empfiehlt, bei der Fortführung im Sinne der am 17.12.2019 beschlossenen „Empfehlungen des Beirates zum Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit nach dem Anschlag vom 9. Oktober 2019“ sowie des am 23.10.2019 gefassten Landtagbeschlusses „Halle mahnt. Rechten Terrorismus stoppen. Antisemitismus, Rassismus und der Verbreitung von Hassideologien mit allen Mitteln des Rechtsstaates entgegenzutreten.“ die Aufklärung über und den Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit zu verstärken und finanziell zu unterstützen. Um die Aufklärung noch breiter in den Regelstrukturen zu verankern, sollen die Themen zukünftig verstärkt in der Aus- und Fortbildung von Lehrer:innen, Sozialarbeiter:innen, im Bereich der Jugendhilfe, aber auch bei Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden verankert werden.
4. Mit der Einrichtung eines Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus hat die Bundesregierung im März 2020 ein zusätzliches klares Signal gesetzt und das Thema auf die höchste Verantwortungsebene gehoben. In diesem Zusammenhang wurde ein 89 Maßnahmen umfassender Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus verabschiedet. Vor diesem Hintergrund ist das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt zukünftig noch nötiger, um die einzelnen Maßnahmen und Projekte auf Bundes- und Landesebene zu einer aufeinander abgestimmten Strategie zusammenzuführen. Dies umfasst sowohl die Weiterförderung und den Ausbau etablierter Beratungs- und Unterstützungsstrukturen als auch die Auseinandersetzung mit neuen gesellschaftlichen Herausforderungen wie die Sensibilisierung zum Thema Alltagsrassismus, die Stärkung der Arbeit gegen Hass im Netz sowie die Präventionsarbeit gegen Verschwörungsmythen.
5. Folgende Schwerpunkte sind dabei aus Sicht des Beirates insbesondere zu berücksichtigen:
 - Die Arbeit gegen Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen und eine kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Shoah ist in enger Kooperation mit dem „Ansprechpartner für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus“ und den jüdischen Gemeinden verstärkt zu fördern.

- Die Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie die Demokratiebildung ist in den Bildungsprogrammen und Lehrplänen in Kita, Schule, Ausbildung und Studium sowie Erwachsenen- und Weiterbildung verstärkt zu verankern.
- Demokratische Teilhabe und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit müssen noch mehr als bisher Teil des konkreten Alltags von allen Menschen werden. Eine frühzeitige Teilhabe, insbesondere von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungsprozessen ermöglicht eine stärkere Identifikation mit demokratischen Werten. Dabei sollen in den letzten Jahren entstandene Ansätze und gewachsene Strukturen weiterentwickelt und gestärkt werden.
- Institutionalisierte Sozialräume sind als Orte gelebter Demokratie in ihrem Bemühen um demokratische Teilhabe, interkultureller Kompetenz und Radikalisierungsprävention verstärkt zu unterstützen.
- Medienkompetenz und Radikalisierungsprävention sind auszubauen und mit Fokus auf Soziale Medien zu stärken, damit mehr Menschen in der Lage sind, gegen menschenfeindliche Positionen im Internet einzutreten. Medienkompetenz muss fester Bestandteil des Ausbildungskanons und der Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte, Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe, der offenen Jugendarbeit sowie der Erwachsenenbildung werden.
- Präventionsarbeit muss niedrigschwellig und gezielt ansetzen. Ergänzend zu bereits bestehenden Distanzierungsangeboten sollen radikalierungsgefährdete bzw. sich radikalisierende Personen mit neuen Präventionsangeboten gezielt angesprochen und bei Distanzierungs- und Ausstiegsprozessen unterstützt werden.
- Interkulturelle und interreligiöse Begegnungsarbeit ist wesentlich, um Vorurteile und Ausgrenzung abzubauen und wechselseitiges Verständnis zu stärken. Die interreligiöse Begegnungsarbeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie der Migrantenorganisationen und interkultureller Begegnungsorte ist stärker als bisher zu unterstützen. Damit sollen die in Sachsen-Anhalt gelebten jüdischen und muslimischen Kulturen zu einem sichtbarerem Teil der Alltagserfahrungen werden.
- Das Engagement für eine offenes und vielfältiges Sachsen-Anhalt, das jeder Person Chancen auf eine gleichberechtigte und diskriminierungsfreie Teilhabe eröffnet und die Potentiale von Diversität anerkennt, ist zu stärken. Die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen ist auf Grundlage der Werte des Grundgesetzes unabhängig von der Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Lebensalters oder der sexuellen Identität oder Orientierung sicherzustellen.
- Gesellschaftliche Minderheiten und potentiell von Diskriminierung Betroffene müssen in der Wahrnehmung ihrer Rechte durch nachhaltige Unterstützungsangebote gestärkt werden. Hierfür muss Antidiskriminierungsarbeit stärker als bisher verankert werden.

Die genannten Schwerpunkte sind bei einer Fortschreibung des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit nach der Landtagswahl besonders zu berücksichtigen, um die künftige Arbeit erfolgreich gestalten zu können.



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Arbeit, Soziales und
Integration

Nr. 189/21
Magdeburg, 30. April 2021

Demokratiebeirat: „Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit“ auch in Zukunft unverzichtbar

Magdeburg. Vor fünf Jahren wurde das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit im Dialog mit der Zivilgesellschaft entwickelt, um das Engagement für Demokratie und die Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit zu stärken. Am 30. April 2021 hat der Beirat des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit eine Bilanz über die geleistete Arbeit zur Demokratieförderung gezogen und Empfehlungen für eine zukünftige Schwerpunktsetzung des Landesprogramms formuliert.

Der zivilgesellschaftlich besetzte Beirat hebt in seiner Bilanz hervor, dass es in der 7. Legislaturperiode gelungen ist, die durch Bund, Land, Kommunen und Zivilgesellschaft geleistete Präventionsarbeit zu einer abgestimmten Strategie zusammenzuführen. In dem einstimmig gefassten Beschluss des Beirates heißt es: „Die gemeinsame Arbeit für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit im Dialog mit den vielen Engagierten im Land hat dazu beigetragen, demokratische Allianzen zu schmieden, neue Zielgruppen anzusprechen, den Engagierten im Land den Rücken zu stärken und demokratiefeindlichen Akteuren und deren Angriffen auf eine plurale Gesellschaft sichtbar entgegen zu treten“.

In der zurückliegenden Legislaturperiode konnten unter dem Dach des Landesprogramms 40 Projekte, 80 Dialogveranstaltungen und digitale Austauschformate umgesetzt werden. Inhaltlich wurden folgende Themenschwerpunkte gesetzt: Aktive Bürgergesellschaft – lebendige Demokratie gestalten (12%); Bildung für eine demokratische Gesellschaft (17%); Kulturelle Vielfalt: Migration, Integration und Internationalisierung (20%); Medienkompetenz für eine demokratische Zivilgesellschaft (8%); Jugendarbeit für eine demokratische Zukunft (10%); Vielfalt in der Arbeits- und Unternehmenswelt (15%); Projekte gegen Antisemitismus (20%).

Ministerin Petra Grimme-Benne betont: „Das Landesprogramm konnte zu einer Plattform für Austausch und Kooperation entwickelt werden. Viele Engagierte haben das Landesprogramm mit ihrem Einsatz für eine offene, demokratische Gesellschaft mit Leben gefüllt. Nach dem schrecklichen Anschlag vom 9. Oktober 2019 in Halle sorgte der Beirat mit seinen fachlichen Empfehlungen dafür, dass im Landesprogramm mehr Mittel für die Arbeit gegen Hass im Netz sowie für die Begegnungsarbeit mit jüdischer Kultur bereitgestellt werden. Dieses Engagement brauchen wir auch in Zukunft.“

Sachsen-Anhalt
#moderndenken

Verantwortlich: Pressestelle MS
Turmschanzenstraße 25
39114 Magdeburg
Tel.: (0391) 567-4612
-4608
Fax: (0391) 567-4622
Email: MS-Press@ms.sachsen-anhalt.de
Internet: www.ms.sachsen-anhalt.de

PRESEMITTEILUNG

Als zentrales Begleitgremium der Landesregierung spricht sich der Beirat dafür aus, das Landesprogramm in der 8. Legislaturperiode des Landestages von Sachsen-Anhalt fortzuführen und dabei insbesondere folgende Schwerpunkte zu setzen:

- Verstärkung der Arbeit gegen Antisemitismus
- Verankerung Demokratiebildung in den Bildungsprogrammen und Lehrplänen in Kita, Schule, Ausbildung und Studium sowie Erwachsenen- und Weiterbildung
- Aufbau von demokratischen Beteiligungsstrukturen (z.B. in der Jugendarbeit)
- Stärkung der Demokratiearbeit in Strukturen wie dem organisierten Sport
- Angebot von Medienkompetenztraining und Radikalisierungsprävention im Netz
- Verstärkte Arbeit mit radikalierungsgefährdeten Personen
- Ausbau von interkultureller und interreligiöser Begegnung und Jugendaustausch
- Stärkung der Antidiskriminierungsarbeit.

Staatssekretärin Susi Möbbeck, Integrationsbeauftragte der Landesregierung, hebt hervor: „Solange Diskriminierung und Ausgrenzung für viele Menschen zum Alltag gehören, müssen wir den Einsatz für ein offenes und vielfältiges Sachsen-Anhalt fortführen. Hierfür müssen wir in Zukunft die Regelstrukturen so stärken, dass die Werte von Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit überall mit Leben gefüllt werden.“

Hintergrund:

Der Beirat des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit besteht aus Vertreterinnen und Vertretern zivilgesellschaftlicher Vereine und Institutionen und berät die Landesregierung in Fragen der Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention.

Weitere Informationen zum Landesprogramm und zum Beirat finden sich unter www.demokratie.sachsen-anhalt.de.

Der Beiratsbeschluss befindet sich im Anhang der Pressemitteilung.